



Presseschau vom 13.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Dagmar Henn: Ampel oder Jamaika: alle Wege führen in die Irre

In Berlin wird sondiert, um dann zu verhandeln. Gleich, ob Ampel oder Jamaika – ist das wirklich ein Ringen um die Zukunft des Landes? Oder wird da ausgehandelt, wer den Vertrag über den Abriss erhält? Eine Zukunftsperspektive ist jedenfalls nicht wirklich im Angebot. ... <https://kurz.rt.com/2ox5>

Susan Bonath: Ungebremster Preisanstieg: Geringverdiener und Bedürftige können sich immer weniger leisten

Essen, Strom, Heizung und Sprit werden immer teurer. Das zeigen auch neue Daten des Statistischen Bundesamtes. Die Mindestlöhne und Grundsicherungsleistungen halten dabei nicht mit. Doch die Warnungen mehrerer Sozialverbände prallten ungehört an den politischen Entscheidern ab. ... <https://kurz.rt.com/2owr>

Glenn Diesen: Annäherung zwischen Russland und der Türkei sorgt bei der NATO für Kopfzerbrechen

Während sich die Türkei unter Erdoğan zunehmend von Biden abwendet und sich stattdessen immer mehr Putin zuwendet, steht die von den USA geführte NATO aufgrund der amerikanischen Ambitionen in Syrien vor Problemen. ...

<https://kurz.rt.com/2owp>

snews.de: **Analyse: „Sputnik Light“ zeigt 70 Prozent Effizienz gegen Delta-Variante von Corona**

Am heutigen Mittwoch haben der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) und das Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie die Ergebnisse einer Effizienzbewertung des Einzeldosis-Impfstoffs „Sputnik Light“ gegen die Delta-Variante des Coronavirus präsentiert. ...

<https://snews.de/20211013/sputnik-light-effizienz-3939910.html>

de.rt.com: **Neubewertung der sozialen Milieus: "Das Ende der bürgerlichen Mitte, wie wir sie kannten"**

Das Sinus-Institut sieht nach einer Überarbeitung seines "Modells der deutschen Gesellschaft" das Aussterben der "bürgerlichen Mitte". Gleichzeitig seien drei neue Milieus entstanden. Grundsätzlich attestiert das Institut eine Abnahme des gesellschaftlichen Zusammenhalts. ...

<https://kurz.rt.com/2oxl>

abends/nachts:

snews.de: **G20-Spitze berechtigt UN zu direktem Handeln in Afghanistan**

Bei ihrem Afghanistan-Gipfel haben die Spitzenvertreter der G20 die Vereinten Nationen zu Koordinierung und direktem Handeln in dem Land berechtigt, teilte Italiens Regierungschef Mario Draghi am Dienstag mit.

„Die Eintracht, der hohe Grad der Handlungsbereitschaft und die übereinstimmenden Ansichten (...) wurden einem Mandat für die Vereinten Nationen zur abgestimmten Reaktion (auf Krisen) und zu direktem Handeln zugrunde gelegt“, sagte Draghi auf einer Pressekonferenz in Rom nach Abschluss des Gipfeltreffens.

Der G20-Sondergipfel zu Afghanistan war auf Initiative Italiens im Onlineformat einberufen worden. An dem Treffen nahmen führende Repräsentanten von Spanien, den Niederlanden, Katar und Singapur sowie der UN, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank teil. Russland war durch Vizeaußenminister Igor Morgulow und den Afghanistan-Sondergesandten des Präsidenten, Samir Kabulow, vertreten.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0a/0c/3932370_0:72:1367:840_1920x0_80_0_0_96d557ad2481561d54ff0e718f1b5154.jpg

snews.de: **Russland appelliert an USA: Einschränkungen für Außenstellen gegenseitig aufheben**

Russlands Vizeaußenminister Sergej Rjabkow hat am Dienstag bei einem Treffen mit der

Staatssekretärin für außenpolitische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Victoria Nuland, vorgeschlagen, alle Einschränkungen für die Arbeit der ausländischen Vertretungen Russlands und der USA gegenseitig aufzuheben.

„Es wurden der Stand und die Entwicklungsperspektiven der Beziehungen zwischen den Ländern erörtert. Besonderes Augenmerk galt Fragen, die das Funktionieren der ausländischen Vertretungen Russlands und der USA auf dem jeweiligen Staatsgebiet betreffen“, heißt es in einer Mitteilung des russischen Außenamts, die im Anschluss an die Verhandlungen veröffentlicht wurde.

Von russischer Seite wurde hervorgehoben, dass die „feindseligen Handlungen“ nicht ohne Antwort bleiben werden. „Aber in Moskau wird keine weitere Eskalation angestrebt. Wir schlagen vor, alle Einschränkungen, die von beiden Seiten seit einigen Jahren eingeführt wurden, aufzuheben“, so die Mitteilung.

Rjabkow betonte im Gespräch mit Nuland, dass eine Fortsetzung des Konfrontationskurses Washingtons „in Bezug auf die bilaterale Agenda und im Kontext akuter internationaler und regionaler Probleme nur zu einer weiteren Degradierung der russisch-amerikanischen Beziehungen führen“ könnte.

Es sei ein realistisches Herangehen erforderlich, das den Aufbau der Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Berücksichtigung der Interessen des jeweils anderen vorsehe, heißt es in der Mitteilung.

Laut dem Außenministerium hat der stellvertretende Verteidigungsminister Alexander Fomin an dem Gespräch teilgenommen.

Der Moskau-Besuch der ranghohen US-Diplomatin erfolgt vor dem Hintergrund einer weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen beiden Ländern. Eine Senatorengruppe hatte am 5. Oktober in einem Schreiben an Präsident Joe Biden dazu aufgerufen, ein Ultimatum an Russland zu stellen: Moskau solle entweder das Personal der US-Botschaft ausweiten, oder es würden 300 russische Diplomaten aus den USA ausgewiesen, hieß es.

Nuland hält sich bis Mittwoch, den 13. Oktober, in Russland auf. Neben Treffen im russischen Außenministerium stehen auch Verhandlungen mit dem stellvertretenden Chef der Kreml-Administration, Dmitri Kosak, auf dem Programm. Nach ihrer Ankunft in Russland sagte sie, dass stabile und voraussagbare Beziehungen zwischen Russland und den USA das Hauptthema der bevorstehenden Verhandlungen sein würden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0c/3928986_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_d563efb6a96833fc62d0954c475e079e.jpg

snanews.de: Kim Jong-un sieht USA als „Grundursache“ der interkoreanischen Spannungen

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un hat am Dienstag die USA als Quelle der Instabilität in der Region bezeichnet und versprochen, ein „unbesiegbares“ Militär

aufzubauen.

Es soll keinen weiteren Krieg zwischen den beiden Koreas geben, betonte Kim während einer Rede auf der Verteidigungsentwicklungsausstellung „Selbstverteidigung 2021“. Gleichzeitig müsse Pjöngjang eine „unbesiegbare militärische Fähigkeit“ erreichen, die niemand herausfordern werde, so Kim.

Er bekundete auch seinen Unglauben an Washingtons friedliche Absichten gegenüber seinem Land.

„Die USA haben häufig signalisiert, dass sie unserem Staat nicht feindlich gesinnt sind, aber es gibt keine handlungsbasierten Beweise, die uns glauben machen, dass sie nicht feindselig sind (...) Die USA erzeugen weiterhin Spannungen in der Region mit ihren falschen Urteilen und Handlungen“, sagte der nordkoreanische Staatschef.

Am 1. Oktober gab Pjöngjang bekannt, eine neu entwickelte Flugabwehrrakete getestet zu haben. Dies führte jedoch in Seoul zu großen Bedenken. Zwei Tage später stellten Nordkorea und Südkorea nach einer monatelangen Unterbrechung ihre Kommunikationskanäle wieder her. Diese waren aus Protest des Nordens gegen die gemeinsamen Militärübungen von Südkorea und den Vereinigten Staaten gesperrt gewesen.

Das US-Außenministerium seinerseits rief zuvor Nordkorea zu einem Dialog auf. „Wir sind bereit, uns mit Nordkorea ohne Vorbedingungen zu treffen, und wir hoffen natürlich darauf, dass Nordkorea positiv auf unsere Unterstützung reagieren wird“, so die Vizechefin des Pressedienstes des Ministeriums, Jalina Porter.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0b/3917830_0:5:3071:1732_1920x0_80_0_0_2f25a92224f4e851e0163a42d0cf049c.jpg

snanews.de: **Außenministerium Chinas weist Behauptungen von CNN-Whistleblower über Folterungen an Uiguren zurück**

Der ehemalige chinesische Polizeibeamte, der über die angeblichen Folterungen an Uiguren im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang berichtet hat, ist am Dienstag vom chinesischen Außenministerium als „Lügner“ bezeichnet worden.

„Eine tausendmal wiederholte Lüge ist immer noch eine Lüge. Obwohl diese Clowns ihr Bestes geben, ist das Publikum für diese Farce klein, ebenso wie diejenigen, die auf diese Lüge reagieren. Dies ist ein ausreichender Beweis dafür, dass die internationale Gemeinschaft den von ihnen verbreiteten Falschinformationen nicht mehr glaubt und sogar Abscheu und Abneigung dagegen empfindet“, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, bei einer Pressekonferenz.

Der Sprecher verwies darauf, dass der ehemalige Polizist, der als Jiang identifiziert worden sei, sich zuvor als ein Polizist namens Wang ausgegeben habe, der 2018 nach Xinjiang geschickt worden sei, um separatistische Aktivitäten zu untersuchen.

„Der Mann, der behauptet, ein ehemaliger Polizist zu sein, der 2018 separatistische

Aktivitäten in Xinjiang untersuchen sollte, hat eine große Menge an Desinformationen über Xinjiang verbreitet. Dieser Mann hat in einem CNN-Bericht seine Identität geändert und sich den Nachnamen Jiang gegeben. Selbst CNN gibt zu, dass seine Aussage nicht einseitig überprüft werden kann“, so der Diplomat.

Am 5. Oktober berichtete ein angeblicher ehemaliger chinesischer Strafverfolgungsbeamter, der nach Europa geflohen war, in einem Interview mit CNN von einer „systematischen Folterkampagne gegen ethnische Uiguren“. Der Whistleblower sagte, dass Hunderte mit Gewehren bewaffnete Polizeibeamte in uigurischen Gemeinden von Tür zu Tür gingen, Menschen aus ihren Häusern zerrten, ihnen Handschellen anlegten und drohten, sie zu erschießen, falls sie sich wehrten. Ihm zufolge kam es bei den Verhören von Männern, Frauen und Teenagern auch zu Körperverletzung und schwerer Folter.

Das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang ist die größte Provinz Chinas, in der etwa 25 Millionen Menschen verschiedener ethnischer Gruppen leben, von denen jedoch etwa 43 Prozent Uiguren (eine muslimische Bevölkerungsgruppe) sind. Die USA haben bereits erklärt, dass Chinas Vorgehen gegen die Uiguren als „Völkermord“ betrachtet werden kann. China weist diese Behauptung entschieden zurück.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0c/3933239_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_3dc97287124a891cd4382c56b32273c5.jpg

snanews.de: **Moskau erwartet von Partnerstaaten sachliche Antworten im Fall Nawalny**

Russland erwartet von Deutschland, Frankreich und Schweden bis zum 16. Oktober sachliche Antworten hinsichtlich der Situation um Alexej Nawalny, erklärte der kommissarische Vizedirektor des Departements für Nichtweiterverbreitung und Kontrolle von Waffen im russischen Außenministerium, Konstantin Woronzow.

Er sprach am Dienstag in einer Sitzung des Ersten Ausschusses (für Abrüstung und internationale Sicherheit) der UN-Generalversammlung.

„Entsprechend der am 6. Oktober von uns eingereichten Anfrage laut dem Artikel 9 der Chemiewaffenkonvention erwarten wir zu dem durch die Konvention festgelegten Zeitpunkt, und zwar zum 16. Oktober, sachliche Antworten von Deutschland, Frankreich und Schweden, ohne die es sich als unmöglich erweist, den mutmaßlichen Tatbestand eines Verbrechens beim Zwischenfall mit Nawalny zu bestätigen oder endgültig zu widerlegen“, sagte Woronzow. Russland fordere auch die EU-Länder und die Nato auf, damit aufzuhören, „durch nichts begründete Anschuldigungen gegen gewissenhafte Teilnehmerstaaten der Chemiewaffenkonvention zu erheben und falsche Fakten vorzuspiegeln, um eigene politische Interessen voranzutreiben“, so Woronzow.

Er rief die genannten Länder auf, Verantwortung für das weitere Schicksal der Organisation für Chemiewaffenverbot (OPCW) und für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit an den Tag zu legen. „Russland wird seinerseits weiter darauf hinarbeiten,

dass die Wahrheit in der Situation um Herrn Nawalny festgestellt wird“, sagte der Diplomat. Er kritisierte, die EU und die Nato zwingen der ganzen Welt die fadenscheinige Version einer gewissen Vergiftung von Nawalny mit toxischen Chemikalien auf. „Dabei wird zynisch und wissentlich verschwiegen, dass gerade in Russland alles nur Mögliche getan wurde, um das Leben des russischen Bloggers zu retten und ihn auf Wunsch seiner Ehegattin reibungslos und schnell nach Deutschland zu bringen“, so Woronzow.

Er betonte, Russland habe von Anfang an eine höchst transparente Haltung eingenommen. Russische Ärzte hätten die von ihnen gesammelten Daten zum Gesundheitszustand des Patienten an deutsche Kollegen übergeben und seien bereit gewesen, die gemeinsame Arbeit im Interesse seiner schnellstmöglichen Genesung fortzusetzen.

„Wir haben keine auch nur im geringsten gehaltvollen Antworten darauf bekommen. Es waren lauter formale Antwortschreiben“, so Woronzow.

Er erinnerte daran, dass es Russland gewesen sei, das vorgeschlagen habe, alle Chemikalien, die im Ergebnis von Studien in westlichen Labors als „Nowitschok“ bezeichnet wurden, in OPCW-Listen aufzunehmen. „Gerade die Mitgliedstaaten der EU und der Nato haben dies verhindert, indem sie sich weigerten, die chemischen Formeln der genannten Substanzen in der OPCW zu veröffentlichen“, sagte Woronzow.

„Nun hat dieselbe Ländergruppe maximale Bemühungen unternommen, um zu verhindern, dass die toxische Chemikalie, die angeblich im Bundeswehr-Labor ermittelt worden sei, in OPCW-Kontrolllisten aufgenommen wird – unter dem absurden Vorwand, dass dies gewisse Weiterverbreitungsrisiken nach sich ziehen könnte.“

Bereits früher hatten die USA und weitere 44 Länder auf der OPCW-Ebene eine Fragenliste hinsichtlich des Zwischenfalls mit Nawalny an Russland gerichtet und das Land aufgefordert, binnen zehn Tagen eine Antwort zu schicken. Moskau richtete daraufhin eine Anfrage an Deutschland, Frankreich und Schweden sowie an das technische Sekretariat der genannten Organisation.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/17/3695170_0:0:3061:1722_1920x0_80_0_0_2522201935544c17b8853f9d2feec115.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Oktober 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Kein Polexit: Polens Ministerpräsident bezeichnet Gerüchte über Austritt aus EU als Lüge

Der polnische Ministerpräsident hat Spekulationen zurückgewiesen, wonach Warschau die

EU verlassen wolle. Er bezeichnete das Gerede über den Austritt als eine von der Opposition verbreitete Lüge. Zuvor hatte Polen den Vorrang des nationalen Rechts vor dem EU-Recht geltend gemacht.

Polen hat nicht vor, die Europäische Union zu verlassen. Dies sagte am Dienstag der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki auf einer Pressekonferenz in Budapest nach einem Treffen der Visegrád-Gruppe (Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechische Republik) mit dem ägyptischen Präsidenten. Er sagte:

"Unsere geschätzte Opposition versucht, uns zu beschuldigen, dass wir mit dem Austritt aus der EU die Schwächung Polens und der Europäischen Union herbeiführen wollen. Dies ist nicht nur eine Falschmeldung. Es ist schlimmer als das. Es ist eine Lüge, die nötig ist, um die EU zu schwächen."

Die Oppositionsparteien des Landes hatten ihre Besorgnis über einen möglichen Austritt Polens aus der EU ausgedrückt. Dazu äußerte sich am 10. Oktober der ehemalige Vorsitzende des Europäischen Rates und Vorsitzender der polnischen Bürgerplattform Donald Tusk. Seiner Meinung nach gefährdete die polnische Führung die Zukunft des Landes in Europa.

Gleichzeitig war die Aufregung der Opposition darauf zurückzuführen, dass das polnische Verfassungsgericht die Widersprüchlichkeit der Regelung über den Vorrang des europäischen Rechts gegenüber den Bestimmungen der Verfassung der Republik bestätigt hat. Dies wurde von den Gegnern der Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) als ein erster Schritt in Richtung "Polexit" gesehen, während Brüssel diese Entscheidung kritisierte.

Die Europäische Kommission zeigte sich besorgt über das polnische Gerichtsurteil und versicherte, dass sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen wird, um den Vorrang der europäischen Normen vor den nationalen Gesetzen der EU-Staaten zu schützen. Die Leiterin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ordnete eine Überprüfung der Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts an, um weitere Maßnahmen zu ergreifen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6165a793b480cc7e7448d802.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 12. Oktober 3:00 Uhr bis 13. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Schirokaja Balka, Alexandrowka, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 24.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Suche nach Corona-Ursprung: China wird Zehntausende Blutproben auswerten**

China will angeblich im Rahmen einer Untersuchung der Ursprünge von Covid-19 Zehntausende von Blutbankproben aus der Stadt Wuhan testen. Dies teilte der Sender CNN unter Berufung auf einen chinesischen Beamten am Mittwoch mit.

Der Schritt erfolgt inmitten zunehmender internationaler Forderungen nach Transparenz über das Auftreten des Virus.

Der Lagerbestand von 200.000 Proben wurde im Februar 2021 als eine mögliche Quelle von wichtigen Informationen identifiziert, die helfen könnten, festzustellen, wann und wo das Virus zum ersten Mal auf Menschen übergegangen ist.

Die Blutproben werden im Wuhan Blood Center aufbewahrt, sie sollten das Jahr 2019 abdecken und Gewebeproben von einem breiten Teil der Bevölkerung in der chinesischen Stadt liefern, wo vermutlich erstmals Menschen mit Covid-19 infiziert worden waren.

Die Blutbankproben werden zwei Jahre lang aufbewahrt, falls sie als Beweismittel in Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Blutspenden, von denen sie stammen, benötigt werden.

Diese zweijährige Wartezeit läuft bald ab. Experten der Nationalen Gesundheitsorganisation sagten gegenüber CNN, dass die Vorbereitungen auf die Tests derzeit im Gange seien, und bestätigten, dass die Tests stattfinden würden, sobald die Zweijahresfrist vorbei sei.

Sie „enthalten absolut lebenswichtige Hinweise“, sagte Maureen Miller, die außerordentliche Professorin für Epidemiologie an der Columbia Universität. Sie forderte China dazu auf, ausländischen Experten die Beobachtung des Prozesses zu gestatten.

„Niemand wird den Ergebnissen, über die China berichtet, glauben, es sei denn, es gibt zumindest qualifizierte Beobachter.“

Die Proben können laut Experten bei richtiger Lagerung entscheidende Anzeichen für die ersten Antikörper enthalten, die Menschen gegen die Krankheit gebildet haben.

Der Leiter des chinesischen Teams, Liang Wannian, das mit der Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation arbeitet, sagte, dass die Forschungen voll und ganz darauf hindeuten würden, dass der erste gemeldete Fall bereits nicht der erste Erkrankungsfall gewesen sei.

„Es könnte andere Fälle geben, die zuvor aufgetreten sind“, sagte der Forscher.

Die Proben könnten eventuell darauf hinweisen, wer zuerst infiziert worden sei, wo, in welchem Alter, mit welcher Beschäftigung, fügte Miller hinzu.

Dr. William Schaffner von der Abteilung für Infektionskrankheiten der Vanderbilt University Department of Medicine im US-Bundesstaat Tennessee schlug vor, dass die Proben nach Genf oder zu einem anderen „neutralen“ Ort gebracht werden könnten, damit die Experten der Weltgesundheitsorganisation an den Tests teilnehmen könnten.

Wuhan, auch als „Stadt der Flüsse“ und „Chicago des Ostens“ bekannt, ist die Hauptstadt der Provinz Hubei in der Volksrepublik China. Weltweite Aufmerksamkeit hatte die Stadt 2020 durch die Covid-19-Pandemie erlangt, welche vermutlich erstmals in Wuhan aufgetreten war.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/08/3507353_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_0035791f41d7f5eaaf1b342aca963167.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. Oktober um 9:00 Uhr 15.400 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 11.261 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 1708 Todesfälle.

de.rt.com: **Geduld am Ende – Erdoğan wütend nach mutmaßlichen Angriffen der Kurdenmiliz**

Laut türkischen Regierungsvertretern kam es am Wochenende zu einem Angriff auf ein türkisches Polizeifahrzeug in Nordsyrien und Übergriffe auf türkische Gebiete. Dabei sollen zwei Polizisten gestorben sein. Kurdische Quellen schweigen zu den mutmaßlichen Angriffen.

Präsident Erdoğan hat am Montag erklärt, dass sein Land nach dem jüngsten mutmaßlichen Angriff der kurdischen YPG-Miliz auf türkische Polizeikräfte in Nordsyrien und den angeblichen Übergriffen der YPG auf türkische Gebiete mit der Geduld am Ende sei. Dies berichtete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu.

Recep Tayyip Erdoğan äußerte sich auf einer Pressekonferenz nach einer Kabinettsitzung im Präsidentenpalast in der Hauptstadt Ankara.

Bei dem Angriff auf eine türkische Spezialeinheit wurden zwei türkische Polizeibeamte getötet und zwei weitere verletzt. Die syrisch-kurdische YPG-Miliz, eine Schwesterorganisation der in der Türkei als terroristische Vereinigung eingestuftes PKK, habe ein bewaffnetes Fahrzeug in Nordsyrien mit einer Lenkwaffe beschossen. Das hatte der türkische Innenminister Süleyman Soylu am Sonntag erklärt. YPG- und PKK-nahe Agenturen berichteten nicht über den mutmaßlichen Angriff.

Erdoğan sagte, Ankara sei entschlossen, die von Nordsyrien ausgehenden Bedrohungen entweder selbst oder mit Unterstützung aktiver lokaler Kräfte zu beseitigen.

Seit dem Jahr 2016 führte die Türkei drei völkerrechtswidrige Militäroperationen auf syrischem Gebiet durch und besetzt seitdem weite Teile des Landes.

Die PKK führt seit Anfang der 1980er-Jahre einen bewaffneten Kampf gegen die türkische Regierung mit dem erklärten Ziel, mehr Rechte für die kurdische Minderheit zu erringen, die aus ihrer Sicht unterdrückt werde. Verschiedenen Quellen zufolge sind in diesem Konflikt bisher mindestens 40.000 Menschen gestorben. Neben der Türkei stufen auch die USA und die EU die PKK als Terrororganisation ein.

Ihr Rückzugsgebiet ist das Kandil-Gebirge in Nordirak. Die syrisch-kurdische Partei PYD

und ihre Miliz YPG, die weite Teile Nordsyriens kontrollieren, haben sehr enge Beziehungen zur PKK.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6165670eb480cc7e4a15e602.jpg>

Mzdnr.ru: Am 12. Oktober wurden in der DVR 2104 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 927 positiv, bei 78 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 13. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 73.319 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

11.266 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 56.475 als gesund entlassen, es gibt 5578 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 387 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 35 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 172 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3908 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1417 mit Sauerstoffunterstützung (+125 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

deu.belta.by: **EAWK: Die EAWU-Länder sind von der globalen Energiekrise nicht betroffen**

Die globale Energiekrise hat die Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) nicht betroffen, gab heute bei einem Briefing Ija Malkina, Sprecherin der Eurasischen Wirtschaftskommission (EAWK), bekannt.

"Zwischen allen EAWU-Mitgliedsstaaten wurden bilaterale zwischenstaatliche Abkommen abgeschlossen, die eine klare Preissteuerung und die Mengen der Energieressourcen regeln. Außerdem wird binnen der EAWU von zuständigen Behörden den Umfang der zwischenstaatlichen Lieferungen von Gas, Erdöl und Erdölzeugnissen, die zur vollständigen Deckung des Energiebedarfs ihrer Staaten erforderlich sind, jährlich vereinbart. Dementsprechend wurden im Jahr 2020 die Liefermengen für Gas, Öl und Ölprodukte für 2021 vereinbart", sagte Ija Malkina.

"In dieser Hinsicht sind die EAWU-Länder nicht von der Energiekrise betroffen. In den Mitgliedsstaaten wird ein ununterbrochener nachhaltiger Betrieb aller Wirtschaftssektoren gesichert", so die EAWK-Sprecherin.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000021_1634114920_58598_big.jpg

Mil-Inr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 13. Oktober 2021

Die ukrainischen Kämpfer nutzen weiter ihre vollständige Straflosigkeit und beschießen Wohngebiete der Republik.

So haben heute im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe im Rahmen einer Videokonferenz Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Postupalskij aus Richtung Solotoje-4 **Solotoje-5** mit Schusswaffen beschossen, dabei wurde die Fensterverglasung der Mittelschule Nr. 4 in der Uliza Wojkowa 3a beschädigt. Nur dank der vorzeitigen Herbstferien in der Republik konnten Opfer unter den Kindern vermieden werden.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Rechtsschutzorganisationen auf, diesen Fall zu registrieren und die ukrainischen bewaffneten Formationen zu zwingen, ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueinstellung einzuhalten.

nachmittags:

rusvesna.su: Der Kreml beantwortete die Frage nach der russischen Armee im Donbass

Der Kreml folgte der Forderung der EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, Russland solle seine Verantwortung als Konfliktpartei im Donbass anerkennen.

Eine entsprechende Erklärung gab von der Leyen im Ergebnis des gestrigen Ukraine-EU-Gipfels in Kiew ab.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, erinnerte die westlichen Partner erneut daran, dass es im Donbass keine russischen Militäreinheiten gebe und es auch keine gegeben habe.

„Im Südosten der Ukraine hat es nie eine unserer Militäreinheiten gegeben. Die Ukraine muss zunächst die Lage im Südosten selbst regeln, und dies kann nur durch die Umsetzung des Minsker Maßnahmekomplexes erfolgen“, betonte der Kreml.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/armiya_rossii_14.jpg

mil-lnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 13. Oktober 2021**

Während der Verhandlungen der Kontaktgruppe hat die ukrainische Seite grob all ihre Verpflichtungen und Vereinbarungen verletzt.

So führten heute in Abstimmung mit der ukrainischen Seite des GZKK Mitarbeiter des Unternehmens „Luganskij AWTODOR“ Arbeiten zur Reinigung einer Straße im Gebiet des KPP „Perwomajsk-Solotoje“ durch.

In diesem Zeitraum **beging eine Diversions- und Erkundungsgruppe aus der 24. Brigade einen bewaffneten Überfall**, setzte Schusswaffen ein und nahm einen der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK gefangen, der die Einhaltung des Regimes der Feueinstellung kontrollierte. Wir erinnern daran, dass alle Mitarbeiter der Vertretung der LVR im GZKK unbewaffnet sind, was die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte nutzten. So haben die ukrainischen Truppen ungeachtet der gegebenen Sicherheitsgarantien von Seiten der Vertretung der Ukraine im GZKK grob die Minsker Vereinbarungen verletzt.

Wir schließen nicht aus, dass diese Aktion vom Kommando der 24. Brigade im Lichte des bevorstehenden Besuchs des Präsidenten der Ukraine Selenskij in der OOS-Zone geplant war, um sich einzuschmeicheln und eine Auszeichnung von Staatsoberhaupt zu erhalten.

Wir rufen die internationalen Beobachter und Rechtsschutzorganisationen auf, ihre beständige Aufmerksamkeit auf die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite zu richten und die ukrainischen bewaffneten Formationen zu zwingen, ihre Verpflichtungen zur Einhaltung der Minsker Vereinbarungen einzuhalten.

snanews.de: **Star Wars? Bundeswehr braucht mehr militärische Weltraumaktivität – BAKS**

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) fordert, dass sich die Bundeswehr mehr im Weltraum engagiert. Die Bundeswehr beteiligt sich schon seit einiger Zeit regelmäßig an US-Übungen für Weltraumkriege und hat kürzlich ein eigenes Weltraumkommando aufgestellt.

Was wie Science Fiction klingt, ist längst Realität: Die modernen Kriege werden auch im Weltraum ausgetragen. Einem Bericht von „German Foreign Policy“ zufolge sollen die militärischen Weltraumaktivitäten Deutschlands nach Willen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) sogar noch weiter ausgebaut werden. Die Bundeswehr solle Fähigkeiten für Operationen im All bereitstellen, die Finanzierung sichern und qualifiziertes Fachpersonal gewinnen, fordert das militärpolitische Strategiezentrum der Bundesregierung in einem aktuellen Papier.

Die Aktivitäten im Weltraum nehmen stetig zu. Schätzungen zufolge sollen es bis 2030 mehr als 15.000 Satelliten sein, die die Erde umkreisen. Diese werden beispielsweise zur Überwachung von Industrieanlagen und zur Vernetzung autonom gesteuerter Autos genutzt, doch auch die staatlichen Aktivitäten im Weltraum nehmen zu. Damit gewinnen auch der Schutz von sensiblen Angriffszielen an Bedeutung, erklärt „German Foreign Policy“. Laut BAKS-Papier sei die Abhängigkeit moderner „hochtechnologisierter Streitkräfte von weltraumbasierten Fähigkeiten“ klar gewachsen. "So sind ... die Einsätze der Bundeswehr mit Blick auf Kommunikation, Frühwarnsysteme, Aufklärung und Lagebild sowie Ortsbestimmung und Navigation in Echtzeit auf Satellitensysteme angewiesen", heißt es darin. Deutschlands "militärische Einsatz- und Handlungsfähigkeit" sei von der "freien Nutzung ... weltraumgestützte[r] Dienste abhängig".

Seit dem 13. Juli 2021 verfügt Deutschland über ein Weltraumkommando, dessen Aufgabe es ist, die Aktivitäten im All zu beobachten und gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz deutscher und anderer Satelliten durchzuführen. Sieben eigene Satelliten hat die Bundeswehr im All stationiert und auch der Bundesnachrichtendienst soll Spionagesatelliten erhalten. Mit der Erkenntnis der zunehmenden wirtschaftlichen, strategischen und militärischen Bedeutung des Weltraums steht Deutschland freilich nicht allein da, im Gegenteil. Bereits Ende 2019 haben die USA ihre Space Force aus der Air Force ausgegliedert. 2021 will die US-Regierung diese mit 17,5 Milliarden US-Dollar finanzieren und 27 Prozent davon für geheime Aktivitäten ausgeben. Auch Frankreich und Großbritannien haben eigene Weltraumkommandos gegründet. Wie „German Foreign Policy“ berichtet, werden weltweit längst auch offensive Operationen im All vorbereitet. Staaten wie China und die USA verfügten schon jetzt über die Fähigkeit, fremde Satelliten durch bodengestützte Raketen zu zerstören, es komme aber auch Blenden oder Zerstören von Sensoren mithilfe von Lasern in Betracht. Zudem können fremde Datensignale gestört oder überlagert werden. Die BAKS befürchtet in diesem Zusammenhang einen „Rüstungswettlauf“ im Weltraum „mit Konflikt- und Eskalationsgefahr“.

Dazu passen die Übungen für Weltraumkriege, die seit 2001 von den US-Streitkräften durchgeführt werden und an denen auch Deutschland und andere Staaten teilnehmen. Im vergangenen Jahr beteiligten sich an diesen sogenannten „Schriever Wargames“ laut „German Foreign Policy“ neben Deutschland und den USA auch Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Japan und Frankreich. Im März hätten sich zudem deutsche Soldaten an Europas erstem Weltraummanöver beteiligt, wo rund 60 Militärs aus verschiedenen Staaten Operationen gegen Satelliten fremder Mächte trainiert hätten.

Um mit den Entwicklungen schrittzuhalten, schlägt die BAKS neben dem Ausbau der militärischen Weltraumaktivität in Deutschland auch einen nationalen Weltraumrat vor, wo die vorhandenen Kapazitäten zusammengeführt und eine „gesamtstaatliche Strategiefindung“ ermöglicht werden sollen.



https://cdn1.snaneuws.de/img/07e5/0a/0d/3939901_0:0:1280:720_1920x0_80_0_0_14113213700ccff6ffdb3fb79154c6bc.png

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 13.10.2021**

In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 10. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kruglik **Schirokaja Balka** mit Mörsern beschossen und sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Außerdem wurde von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade in der Nähe von Marjinka aus **Alexandrowka** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade in Richtung **Leninskoje** mit Antipanzergrenatwerfern geschossen.

Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10. und 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch Drohnen der Mission zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Roganskoje, Konstantinowka, Warwarowka, Orłowskoje, Wosdowshenka, Werschina und Mironowka zu blockieren.

Wir stellen weiter ein Absinken moralisch-psychischen Niveaus unter dem Personal der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone fest.

In der 58. Brigade wurde eine Zunahme der Zahl von Soldaten, die ihre Verträge über den Militärdienst auflösen und die OOS-Zone verlassen wollen, festgestellt. Hauptursachen der Lage der Dinge sind der lange Aufenthalt in der Operationszone, die nicht zufriedenstellende rückwärtige Versorgung, das geringe Niveau des Solds und Rückstände bei dessen Zahlungen. Zurzeit arbeitet in den Einheiten des Verbandes eine Kommission des Stabs der OOS, die ein Personaldefizit bei den Offizieren von 141 Mann festgestellt hat, davon haben 28 eigenmächtig den Truppenteil verlassen, 31 Offiziere wurden aufgrund von Strafverfahren abgezogen, 23 sind in medizinischen Einrichtungen in Behandlung, 59 Stellen sind unbesetzt.

Die ukrainischen Propagandisten versuchen im Vorfeld des Tages des Verteidigers der Ukraine, das Prestige des Militärdienstes unter den ukrainischen Soldaten zu fördern sowie dem Kommando das angeblich hohe Niveau der Ausstattung und der militärischen Ausbildung zu demonstrieren.

Wir verfügen über Informationen über die Ankunft von zwei Filmteams ukrainischer Fernsehsender in der 93. Brigade. Außer der Erstellung von inszenierten Materialien über die Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der Republik haben die Korrespondenten die Aufgaben, Reportagen zu erstellen, die auf die Anhebung des Prestiges der Soldaten, die Aufgaben in der OOS-Zone ausführen, gerichtet sind, wobei deren Versorgung mit allen Arten von Lebensmitteln gezeigt werden soll.

Derzeit werden auf den Positionen des 1. und 3. Bataillons der Brigade Schützengräben und Quartiere zusätzliche ausgestattet, um sie den Filmteams zu demonstrieren. Außerdem werden Soldaten zur Teilnahme an inszenierten Aufnahmen ausgewählt und instruiert.

Nach unseren Informationen haben am 12. Oktober nach dem Konsum von Alkohol zwei Soldaten der 25. Brigade eigenmächtig ihre Positionen verlassen und sind in unbekannte Richtung aufgebrochen.

Derzeit führen Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Suchmaßnahmen durch. **In den Einheiten der Volksmiliz der DVR wurden mit den wehrpflichtigen Soldaten Kontrollübungen zur Bewertung des Niveaus ihrer professionellen Ausbildung und der während des Wehrdienstes erlangten Kenntnisse und Fertigkeiten durchgeführt.**

Auf dem Gebiet des Ausbildungszentrums wurden Prüfungen zur gesellschaftliche-staatlichen und physischen Ausbildung abgelegt. Außerdem wurden auf einem allgemeinmilitärischen Übungsplatz Kontrollübungen zur Überprüfung der Fertigkeiten beim Fahren von Panzern unter schwierigen Geländebedingungen durchgeführt, es wurden Prüfungen zur Schießausbildung unter Ausführung der dritten Stufe der Kontrollschießübungen mit Panzern und Antipanzerlenkraketenkomplexen abgehalten.

Das hohe Niveau der Disziplin und des moralisch-psychischen Zustands sowie des Wissens, das im Verlauf der Ausbildung erlangt wurde, erlaubten es den wehrpflichtigen Soldaten, sich ein Programm auf hohem Niveau anzueignen und herausragende Ergebnisse bei den Abschlussprüfungen und Examen in allen geprüften Disziplinen zu erreichen.

de.rt.com: **Lawrow: Bestimmte politische und militärische Strukturen untergraben Zusammenarbeit in Asien**

Bestimmte Gruppen versuchen, die Destabilisierung der geopolitischen Lage in Asien voranzutreiben. Sie wollen eine weitere Integration verhindern, da sie noch immer in der Logik des Kalten Krieges leben, erklärte der russische Außenminister Lawrow.

Moskau sieht Versuche zur Destabilisierung der geopolitischen Lage in Asien vonseiten des Militärs und eng gefasster politischer Strukturen, die die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Region behindern. Darauf wies der russische Außenminister Sergei Lawrow am Dienstag hin.

Er machte diese Feststellung während einer Ansprache beim Treffen der Außenminister der Teilnehmerländer der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien. Lawrow erklärte:

"Leider werden die geopolitischen Verhältnisse in der Region nicht einfacher, was den Übergang zu einem Koordinatensystem umfassender multilateraler Zusammenarbeit und Integration behindert. Wir sehen gezielte Versuche, die Situation anzuhetzen und die bestehenden Mechanismen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu untergraben." Seiner Meinung nach wird die Destabilisierung der Lage in Asien durch "eng gefasste politische Strukturen exklusiver Zusammensetzung und militärische Blöcke, die in der Logik des Kalten Krieges und der Eindämmungspolitik agieren", gefördert.

Die Lage in Asien änderte sich im Frühjahr 2021, als die Taliban eine groß angelegte Operation starteten, um die Kontrolle über Afghanistan zu übernehmen, nachdem die USA beschlossen hatten, ihre Streitkräfte aus dem Land abzuziehen. Am 15. August drang die Miliz kampflos in Kabul ein und der amtierende Präsident Ashraf Ghani floh aus dem Land. Am 6. September kündigten die Taliban an, die Kontrolle über das gesamte afghanische Staatsgebiet übernommen zu haben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6165773148fbef280e2668e3.jpg>

snanews.de: **AUKUS stellt Gefahr für Atomwaffensperrvertrag dar – russischer Sicherheitsrat-Chef**

Das vor kurzem ins Leben gerufene Militärbündnis AUKUS zwischen Australien, Großbritannien und den USA bedroht laut dem Sekretär des Sicherheitsrates Russlands, Nikolai Patruschew, die Bestimmungen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen und gefährdet die Sicherheitsarchitektur in Asien.

„Damit das Weiße Haus sein nächstes Abenteuer umsetzt – ich meine AUKUS –, wird die gesamte Sicherheitsarchitektur in Asien gefährdet“, sagte Patruschew am Mittwoch beim 17. Treffen der Leiter der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Es würden Voraussetzungen zur Untergrabung der Autorität der ASEAN und anderer Regionalverbände geschaffen und Herausforderungen im Bereich der Kontrolle über die Verbreitung von Atomwaffen gestellt, so Patruschew.

Zu den Aktivitäten der Nato sagte er, dass die Allianz ihr offensives Potential bei Cybertechnologien intensiv entwickelt. Dafür arbeite sie aktiv an Technologien der künstlichen Intelligenz sowie an dem Konzept der proaktiven Cyberabwehr und der Bildung spezialisierter Koalitionsformationen, um offensive Cybereinsätze durchzuführen. Patruschew stellte klar, dass solche Aktivitäten ständige Aufmerksamkeit und eine rechtzeitige angemessene Reaktion der GUS-Staaten erfordern.

Australien, Großbritannien und die USA haben sich zu einem Militärbündnis namens AUKUS zusammengeschlossen. Australien kündigte darüber hinaus an, sich aus dem 56 Milliarden Euro schweren U-Boot-Abkommen mit dem französischen Unternehmen Naval Group zurückzuziehen. Die Vereinbarung mit Frankreich sah die Produktion von zwölf Angriffs-U-Booten der Barracuda-Klasse vor. Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian nannte die Entscheidung Australiens „einen Stich in den Rücken“.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0d/3942562_0:0:3045:1714_1920x0_80_0_0_fd58d8e711cada3e9295e72c6cdeee46.jpg

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer** festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde **eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Popasnaja haben Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Postupalskij aus Richtung Solotoje-4 ein Wohngebiet von **Solotoje-5** beschossen, dabei wurde

die Fensterverglasung der Mittelschule 4 in der Uliza Wojkowa 3a beschädigt. Ich merke an, dass die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte die Schule während der Unterrichtszeit beschossen, was zu Tod und Verletzung unter Zivilisten, darunter auch Kindern, hätte führen können.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Rechtsschutzorganisationen auf, diesen Fall zu registrieren und die ukrainischen bewaffneten Formationen zu zwingen, ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung einzuhalten. ...

Wir erhalten weiter **Informationen über Verbrechen der ukrainischen Kämpfer gegen die Zivilbevölkerung.**

Nach Mitteilung von Einwohner von Muratowo haben Soldaten der 57 Brigade mit zwei Lastwagen Möbel, Haushaltstechnik und Baumaterial abtransportiert, die sie gewaltsam aus leerstehenden Häusern der Ortschaft gestohlen hatten.

Wichtig ist, dass Eingaben an die Rechtsschutzorgane durch örtliche Einwohner, die auf die unbewohnten Häuser der Nachbarn aufpassten, keine Ergebnisse brachten. Außerdem wurden diejenigen, die versuchten, gegen den frechen Raub Widerstand zu leisten, einfach von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte verprügelt. Die Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane weigerten sich den Raub zu verhindern und beriefen sich drauf, dass alle Handlungen mit dem Stab der OOS und der Führung des Innenministeriums in der Lugansker Oblast abgestimmt seien.

So sind Plünderung und Raub an örtlichen Einwohnern des von Kiew kontrollierten Territoriums des Donbass durch sogenannte „Verteidiger“ der Ukraine schon zur Normalität geworden.

de.rt.com: **Russland und die EU arbeiten an gegenseitiger Anerkennung von COVID-19-Impfzertifikaten**

Moskau und Brüssel wollen künftig gängige Impfzertifikate gegen COVID-19 gegenseitig anerkennen und haben hierfür eine Reihe von Expertentreffen anberaumt. Die angestrebte Anerkennung soll den Bürgern das Reisen in die jeweiligen Länder erleichtern.

Russland und die Europäische Union streben eine gegenseitige Anerkennung der jeweiligen COVID-19-Impfzertifikate an. Hierdurch will man EU-Bürgern das Reisen nach Russland und umgekehrt auch in Zeiten der COVID-19-Pandemie erleichtern.

Für das Vorhaben wurde eine Reihe von Expertenberatungen anberaumt, bei denen die grundlegenden rechtlichen und technischen Parameter einer gegenseitigen Anerkennung abgestimmt werden sollen. Von einer dieser Videokonferenzen berichtete das russische Gesundheitsministerium am Mittwoch, schreibt die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti und zitiert:

"Im Laufe des Treffens haben die Seiten die nächsten gemeinsamen Schritte skizziert: Eine Reihe von Expertenberatungen zwecks Abstimmung der grundlegenden rechtlichen und technischen Parameter einer gegenseitigen Anerkennung von Impfzertifikaten wird abgehalten werden.

Die Arbeit an der gegenseitigen Anerkennung der Zertifikate ist darauf gerichtet, Hindernisse bei Reisen in der EU für Bürger Russlands und umgekehrt auszuräumen. Bilaterale Beratungen zu dieser Frage werden fortgesetzt."

Eine gegenseitige Anerkennung der COVID-19-Impfzertifikate zwischen Russland und der Europäischen Union würde einen willkommenen Kontrapunkt in der gegenwärtigen Politisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten setzen. Tatsächlich zeugt das Ausbleiben einer solchen Anerkennung ebenfalls von dieser Politisierung. Ebenso wie das Herauszögern einer Zulassung der russischen COVID-19-Impfstoffe im Westen, worauf Russlands Außenminister Sergei Lawrow am zehnten Oktober hinwies, wie die russische Zeitung Iswestija erinnert.

Denn ebenso wie diese Zulassung wurde zumindest bisher die Anerkennung der russischen

Impfzertifikate durch die EU allem Anschein nach verschleppt. Anfang Oktober erklärte der Botschafter der Europäischen Union in Russland Markus Ederer, Moskau hätte der EU ein Paket von Dokumenten nicht zur Verfügung gestellt, die für eine Anerkennung der russischen Impfzertifikate notwendig seien. Dieser angebliche Sachverhalt wurde jedoch vom russischen Außenministerium mit Verweis auf Laurent Bardon widerlegt, dem Leiter der Abteilung der EU-Vertretung in Russland für Handel und Wirtschaft. Bardon habe den russischen Diplomaten den Empfang der Dokumente quittiert, schrieb das russische Nachrichtenportal RBK.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6166a94a48fbef2838114594.jpg>

snanews.de: **Putin ruft zu Verzicht auf Sanktionen bei Umsetzung von Klimaprojekten auf**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in seiner Rede in einer Plenarsitzung des internationalen Forums „Russische Energiewoche“ die Weltgemeinschaft dazu aufgerufen, die Klimaagenda nicht als Instrument zur Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme zu nutzen und auf Sanktionen zu verzichten.

Klimawandel ist laut dem russischen Staatschef einer der wichtigsten Faktoren, der die Entwicklung des Weltenergiebereichs langfristig bestimmt.

„Die Klimaagenda sollte nicht zu einem Instrument werden, um wirtschaftliche und politische Interessen einzelner Länder zu fördern. Gemeinsam müssen wir für alle einheitliche, verständliche, gerechte und transparente Regeln für die Klimaregelung aufstellen, die auf der globalen Ebene gültig sein werden“, betonte der Präsident. „Sie sollten auf einer echten Sorge um das Klima beruhen, auf dem Verständnis der Rolle und des Beitrags jedes Landes unter der Verwendung von gegenseitig anerkannten Modellen für die Erfassung und die Überwachung der Treibhausgas-Emissionen und deren Absorption.“

Darüber hinaus sollte es dem Staatschef zufolge bei der Verwirklichung von Klima-Projekten keine Sanktionen oder andere politisch motivierten Beschränkungen geben. Russland unterstütze alle internationalen klimabezogenen Initiativen und gehe allen Verpflichtungen nach. Aber der Klimaschutz sei eine gemeinsame Aufgabe, eine Aufgabe der ganzen Menschheit, so Putin.

Vom 13. bis zum 15. Oktober findet in der russischen Hauptstadt Moskau das internationale Forum „Russische Energiewoche“ statt. Dieses Jahr ist die Veranstaltung solchen Themen wie der Gashandel und die Energiekrise in der EU gewidmet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0d/3942512_0:0:2660:1497_1920x0_80_0_0_1f003b946ae41b694a61db838d521afc.jpg

lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetchnik**

Heute hat Kiew ein weiteres Mal seinen „Wunsch“ und sein „Bestreben“ zu einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass und zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gezeigt – die Regierung der Ukraine hat zweimal die Minsker Vereinbarungen verletzt.

Am Tag der Videokonferenz der Kontaktgruppe hat eine **Diversions- und Erkundungsgruppe von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte aus einem Hinterhalt einen Offizier der Vertreter der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung angegriffen**, der gemäß den Instruktionen die Kontrolle über die Einhaltung eines allumfassenden Waffenstillstands im Gebiet des KPP „Perwomajskoje-Solotoje“ während Arbeiten zur Säuberung einer Straße durch Mitarbeiter des Unternehmens „Luganskij awtodor“ gewährleistete. Die Kämpfer setzten Waffen ein, **überfielen den unbewaffneten Offizier der Vertretung der LVR im GZKK und nahmen ihn gefangen**. Dabei weiß Kiew sehr gut, dass der Aufenthalt bewaffneter Personen in diesem Abschnitt – am Kontroll- und Passierpunkt – kategorisch verboten ist!

Einige Stunden zuvor haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer auf eine Schule der Siedlung Solotoje-5 eröffnet, wieder wurde die Fensterverglasung beschädigt. Vor unausweichlichen Opfern rettete nur, dass heute für die Schüler der Republik die Herbstferien begannen!

Mit ihren Handlungen, die die erreichten Vereinbarungen desavouieren, gefährdet die Ukraine den Friedensdialog im Minsker Format. Sie gefährdet das Leben von Einwohnern der Lugansker Volksrepublik und, am schlimmsten, das Leben von Kindern!

Wir fordern, den Vertreter der LVR im GZKK unverzüglich freizulassen, und von der OSZE-Mission und anderen internationalen Organisationen, die provokativen Handlungen Kiews, die wir einen Akt des Terrorismus nennen würden, entsprechend zu bewerten und Druck auf die Führung der Ukraine bezüglich einer genauen Einhaltung der Minsker Vereinbarungen auszuüben!

Ich halte es für sinnlos, vor der Freilassung unseres Vertreters im GZKK, einen vollwertigen Dialog im Rahmen des Minsker Formats fortzusetzen.

snanews.de: **Nuland: USA setzen auf Aufbau stabiler Beziehung zu Russland**

Victoria Nuland, die Staatssekretärin im US-Außenministerium, hat im Anschluss an ihren Besuch in Moskau die Absicht der USA bekräftigt, an dem Aufbau einer stabilen Beziehung zu Russland festzuhalten.

„Ich schätze sehr hoch die offene und produktive Bewertung der Beziehungen zwischen den

USA und Russland mit dem stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung Uschakow heute Morgen im Kreml. Wir bleiben einer stabilen, berechenbaren Beziehung verpflichtet“, so Nuland. Sie wird von Jason P. Rebholz, dem Sprecher der US-Botschaft in Moskau, auf seinem Twitter-Account zitiert.

Am Mittwoch hat Nuland Verhandlungen mit dem stellvertretenden Chef der Kreml-Administration, Dmitri Kosak, und dem stellvertretenden Leiter der russischen Präsidentialverwaltung, Juri Uschakow, geführt.

Am Dienstag traf sie sich mit Russlands Vizeaußenminister Sergej Rjabkow. Auch der stellvertretende russische Verteidigungsminister, Alexander Fomin, sei bei den Gesprächen anwesend gewesen, hieß es.

Victoria Nuland gilt innerhalb der US-Regierung als Expertin für Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken. 2014 wurde die US-Diplomatin unter anderem für ihren stark umstrittenen Einfluss innerhalb der Protestbewegung in der ukrainischen Hauptstadt Kiew bekannt.

Im Vorfeld des Besuchs mussten Visafragen zwischen Moskau und Washington geklärt werden. Nuland war die Einreise nach Russland seit 2014 verboten: eine Maßnahme der russischen Behörden als Reaktion auf amerikanische Sanktionen. Das russische Außenministerium teilte mit, Nuland die Einreise wieder erlaubt zu haben, nachdem Washington seinerseits Einreisebeschränkungen gegen mehrere russische Politiker aufgehoben habe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0b/3914557_0:20:2475:1412_1920x0_80_0_0_4621e07f04074030a629b9afa05a5268.jpg